

Zusatzinformationen zur Briefaktion

Aufruf an OB Hans Rampf zur öffentlichen Unterstützung der Forderung: „Isar 1 abschalten!“

Die Faktenlage ist eindeutig - 7 gute Gründe gegen 7 überflüssige Kernkraftwerke:

1. Reaktorsicherheit

Das Gefahrenpotential, das von den deutschen Alt-Reaktoren und insbesondere von der Billigvariante "Baulinie 69" ausgeht, zu der neben Brunsbüttel und Philippsburg 1 auch Isar 1 gehört, ist eminent, die Liste an Störfällen lang. Eins der gravierendsten „Meldepflichtigen Ereignisse“ überhaupt ereignete sich erst 2001 im dem KKI 1 Typ-gleichen Brunsbütteler KKW. Dabei zerfetzte eine heftige Wasserstoff-Explosion am Reaktorbehälter die Rohrleitung eines Notkühlsystems auf mehreren Metern Länge. Die zunehmende Alterung dieser mehr als 30 Jahre alten Meiler kommt in Rissbildungen an Rohrleitungen und Schweißnähten und in sich häufenden Störfällen zum Ausdruck. Mehrere seriöse Gutachten belegen eindeutig die mangelnde Sicherheit dieser Baureihe. Sie erstreckt sich sowohl auf die notwendige aber unwirtschaftliche, bzw. teils unmögliche Nachrüstung sicherheitskritischer Komponenten (z.B. der schwach dimensionierte Druckbehälter), als auch auf die nicht zu gewährleistende Sicherheit bei Unfällen oder terroristischen Anschlägen, insbesondere im Zusammenhang mit Flugzeugabstürzen. So wie die meisten der 7 ältesten deutschen AKWs besitzen sie eine völlig unzureichende Armierung. Sie verfügen lediglich über einen (teils gänzlich ungesicherten) Primär-Kühlkreislauf und zudem ein an ungünstiger Stelle innerhalb des Reaktorgebäudes gelegenes, kaum geschütztes Abklingbecken mit hoch-radioaktivem Inhalt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Beinahe-Katastrophe beim Absturz der französischen Mirage 1988, im Wald unmittelbar vor dem KKI 1 und dass dieses KKW in der Einflugschneise des Flughafens FJS liegt. Wie Fliegen um den "heißen Brei" kreisen so pro Tag mehr als 100 Verkehrsflugzeuge um das KKI, teils in äußerst geringer Entfernung.

2. Atommüll

Es existiert weder in Deutschland, noch sonst weltweit, ein sicheres Endlager für den bereits vorhandenen, teils Jahrtausenden strahlenden Atommüll. Durch die Laufzeitverlängerung ist ein Anwachsen des deutschen Atommüll-Berges um ca. 1/3 zu erwarten. Dadurch verschärft sich die Situation nochmals und weitere Endlager-Kapazitäten müssen geschaffen werden. Die derzeitige Praxis der oberirdischen Zwischenlagerung birgt ein enormes Sicherheitsrisiko. Des Weiteren strafen die Praktiken zur Verschiebung hoch-radioaktiver Abfälle ins Ausland die Versprechen der Atomwirtschaft, in Bezug auf eine "sachgerechter Entsorgung" des Atommülls lügen. In völliger Verantwortungslosigkeit führt dies teils zur Lagerung unter freiem Himmel, zur illegalen Abkipfung des Atommülls im Mittelmeer oder, demnächst, zur „Verpressung“ strahlender Abfälle ins Erdreich.

3. Wirtschaftlichkeit und Kontrolle

Atomstrom ist unwirtschaftlich und nicht zu verantworten; die derzeit veranschlagten „bestehend billigen“ kWh-Preise aus KKW sind eine Milchmädchen-Rechnung und ergeben sich, indem:

- den Betreibern keinerlei nennenswerte Schadens-Wiedergutmachung oder Rückversicherung im Falle nuklearer Unfälle abverlangt wird
- die Betreiber weder die Kosten für die Erkundung eventuell geeigneter Endlager, noch für eine etwaige sachgemäße Endlagerung des strahlenden Mülls selbst, zu tragen haben
- die Kosten für Kraftwerksbau, Forschung sowie Transport und Lagerung des Strahlenmülls weitestgehend staatlich finanziert wurden und werden (seit den 50ern über 200 Milliarden Euro)
- die AKW-Betreiberkonzerne sich durch die Verflechtung mit Kontrollorganen der Reaktorsicherheit gewissermaßen selbst kontrollieren und ein Wirtschaften auf Kosten der Betriebssicherheit zu befürchten ist, wie am Beispiel der TÜV Süd AG deutlich wird
- die Gewinnung des Kernbrennstoffs billig, zum Teil in Schwellenländern und oft unter verheerenden Bedingungen für Mensch und Natur stattfindet.

Würden sämtliche Subventionen gestrichen und eine Unfallversicherung für KKW-Betreiber Pflicht, der nuklear erzeugte Strom würde mehrere Euro pro kWh kosten! Die unabsehbaren Gefahren und Folgekosten, die sich aus der Atomstrom-Erzeugung ergeben, werden bar jeglicher Verantwortung auf die Allgemeinheit, die Steuerzahler und auf kommende Generationen abgewälzt.

4. Gesundheit

"Ionisierende Strahlung" wirkt hochgradig krebserregend und gentoxisch. Eine Binsenweisheit, vor der offenbar alle Verantwortlichen den Kopf in den Sand stecken. In diesem Zusammenhang ist, außer der latenten Gefahr durch den produzierten Strahlenmüll über mehrere tausend Generationen hinweg, die auch in neuen wissenschaftlichen Studien nachgewiesene, um bis zu 120% erhöhte Leukämierate bei Kindern im unmittelbaren Umfeld von KKW's zu beachten. Nachweislich wirkt sich auch eine nur geringfügig erhöhte radioaktive Grundstrahlung gesundheitsschädlich aus, wie sie auch beim "Normbetrieb" von Atommeilern entsteht, etwa durch radioaktive Spaltgase. In Folge des Reaktorunfalls Tschernobyl wurden Gebiete vor Ort für viele zehntausend Jahre unbewohnbar und es werden noch für Jahrzehnte zehntausende an Krebsopfern und Erbgutschäden in ganz Europa zu beklagen sein. Bereits ein Unfall kleineren Ausmaßes, gleichviel, ob selbst- oder fremdverschuldet, hätte allein im ungleich dichter besiedelten Bayern unabsehbare Folgen. Evakuierungspläne für einen Radius >25 km existieren nicht!

5. Versorgungssicherheit und Strompreise

Es existiert keine von den Stromkonzernen propagierte "Stromlücke" und die Erneuerbaren sind nicht schuld an den Strompreiserhöhungen. Es herrscht im Gegenteil eine große Überkapazität an produziertem Strom und 2010 waren in Deutschland zeitweise 6 AKW's gleichzeitig außer Betrieb, ohne dass es zu Versorgungsengpässen gekommen wäre. Teils müssen die Betreiber ihre KKW's drosseln, um das Problem des Strom-Überangebots nicht weiter zu verschärfen oder sogar an der Strombörse EEX für die Abnahme ihres erzeugten Stroms zahlen („negative“ Strompreise). Die deutschen Stromkonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW werden trotzdem "Strom-Exportweltmeister" werden, mit zweistelligen Milliarden Gewinnen. Sie profitieren durch den Weiterbetrieb der überflüssigen und risikoreichen Altreaktoren mit rund 1 Million Euro Gewinn pro Tag und Meiler, frei von Übernahmeverpflichtungen bezüglich anfallender Kosten oder Risiken. Trotz des Preisverfalls bei Brennstoffen und im Stromgroßhandel seit 2008 und obwohl dadurch die gestiegene EEG-Umlage mehr als ausgeglichen wurde, erfolgte in den letzten Jahren keine Weitergabe der Verbilligung an Privatkunden (>1,5ct/kWh). Stattdessen wurden vom Strom-Oligopol der "Großen Vier" mit ihren zentralen Großkraftwerken die Stromtarife unter dem Vorwand der Finanzierung regenerativer Energien laufend erhöht. Bei Erforschung und Ausbau entsprechender Speichertechnologien – für die es in Deutschland erst einen einzigen Lehrstuhl gibt – und bei Nutzung der enormen Energiesparpotentiale, steht einer dezentralen und zukunftsweisenden sowie atom- und kohlestromfreien Energieversorgung in Deutschland mittelfristig nichts im Wege.

6. Klimaschutz, Umwelt und Verfügbarkeit

Kernenergie ist nicht unbegrenzt verfügbar und kein "Klimaretter". Bei derzeitiger, eher gemäßiger Auslastung aller gut 440 Reaktoren weltweit, reichen die vorhandenen Uranvorkommen, je nach Berechnungsgrundlage, noch für 20 bis 65 Jahre. Beim Uranabbau fallen zudem riesige Halden an strahlendem Abraum an und gravierende Schädigungen an Menschen und Umwelt werden billigend in Kauf genommen. Der Weltweite Anteil nuklearer Anlagen an der Stromversorgung beträgt derzeit gerade einmal 16%. Um nur 10% an fossilen Brennstoffen durch Kernkraft zu ersetzen, wäre der Bau von mehr als 1000 neuen AKW's nötig! Auf Grund der langen Bauzeiten, der enormen Kosten, des begrenzten Uranvorkommens und des Endlagerproblems sowie der zum Bau benötigten Energie ist die Idee vom "Klimaretter Atomkraft" schlicht und einfach grober Unfug. Der Wirkungsgrad von Kernreaktoren beträgt ca. 33%, bei Abzug der zur Herstellung der Brennelemente nötigen Energie noch weniger, ganz abgesehen von der zur Entsorgung des atomaren Mülls nötigen Energie. Alternative Thorium- oder Fusionstechnologien sind noch reine Fiktion und bergen im Keim bereits die gleichen Problematiken wie herkömmliche "Nuklear-Dampfmaschinen", in Bezug auf mangelnde Lastflexibilität und Störanfälligkeit einer zentralisierten Energieversorgung sowie bezüglich der Reaktorsicherheit und den atomaren Abfall.

7. Arbeitsplätze, Zukunftsperspektiven und die atomwaffenfreie Gesellschaft

Atomkraft verhindert Zukunftsperspektiven und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Durch die Laufzeitverlängerung alter KKW's werden kaum neue Arbeitsplätze oder Forschungsfelder geschaffen, sehr wohl aber der Ausbau und die Erforschung regenerativer Energiequellen blockiert. Für Unternehmen werden bereits getätigte Investitionen nun zum Verlustgeschäft, etwa durch die dauerhafte "Verstopfung" der Netze mit Strom aus AKW's, die in ihrer Laufcharakteristik unflexibel, somit ständig am Netz sind (Grundlast-Überkapazitäten) und dadurch die Stromeinspeisung aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen verhindern. Deshalb sind nicht nur die Entstehung und der Erhalt von zehntausenden von Arbeitsplätzen gefährdet; zu befürchten ist auch, dass Deutschland hier in einer sehr wichtigen Zukunftstechnologie den internationalen Anschluss verliert. Die Erfahrung hat außerdem gelehrt: die friedliche Nutzung der Atomenergie ist Wunschdenken. Der Betrieb nuklearer Anlagen setzt spaltbares Material und Know-how voraus, welches auch den Bau der Atombombe ermöglicht. Die Nukleartechnik hat in der Realität dazu geführt, dass mittlerweile weltweit mehr als 20 Länder über Atomwaffen verfügen oder deren Herstellung anstreben. Die technischen Möglichkeiten zu einem kurzfristigen Bau sind noch häufiger gegeben. Das Beharren der Industrienationen auf der Atomtechnik war und ist Motivation, besonders für einige Schwellenländer, den atomaren Weg zu beschreiten – wodurch sich die weltweite Sicherheitslage zusehends ungünstig entwickelt.

Fazit:

Folglich ergibt sich daraus, dass Atomkraft KEINE "Brückentechnologie" und keine Alternative zum ursprünglich festgelegten Atomausstieg sein kann. Jedes weitere Jahr Laufzeitverlängerung beschert uns allein in Deutschland mehr als 500t zusätzlichen nuklearen Müll pro Jahr, für den kein Endlager existiert. Der nun geplante Weiterbetrieb dieser Anlagen – allein bei Isar 1 um mindestens 8 Jahre – bringt den Bürgern keinerlei Nutzen, jedoch eine Vielzahl an völlig unnötigen Risiken, Nachteilen und Kosten. Wir rufen den Oberbürgermeister Hans Rampf daher in erster Linie dazu auf, die dem gesunden Menschenverstand geschuldete und die auf Basis einer überwältigenden Faktenlage entsprungene Forderung der BürgerInnen, dass das KKI 1 und die restlichen Altmeiler schnellstmöglich stillgelegt werden müssen, öffentlich und auf Parteiebene zu unterstützen! Er möge sich weiterhin für konsequente regionale Investitionen in erneuerbare Energien einsetzen.

Die Regierung Merkel hat wider besseres Wissen und gegen den massiven Widerstand in der Bevölkerung den bestehenden Atomkonsens einseitig und mutwillig annulliert. Die diktierte Laufzeitverlängerung ist zutiefst irrational, undemokratisch und weder aus finanzieller Sicht, noch auf Grund der daraus erwachsenden Risiken und Probleme vertretbar. Es geht nicht an, vier Stromkonzernen auf Kosten des Staates sowie der Sicherheit und Zukunft der Bevölkerung zweistellige Kapitalrenditen zu finanzieren!